

Schnellinfo 12/2014, 03.11.2014

Inhalt

In eigener Sache

- Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 17.01.2015
- Syrienkonferenz in Bochum
- Asylpolitisches Forum 2014
- Seminarreihe zur flüchtlingspolitischen Arbeit
- Stellungnahme zum Flüchtlingsaufnahmegesetz
- Treffen der AG UMF

Aus aktuellem Anlass

- Wanderausstellung „Jugendliche ohne Grenzen“
- „Karawane“ ruft zu Aktionswoche auf
- Petition für Afghanische Flüchtlinge

Aus den Initiativen

- Abschiebungshaft-Initiative kritisiert Innenministerium
- „Karawane“ über Unterkunft in Heiligenhaus

Europa

- PRO ASYL zum Innenministertreffen
- Notruftelefon für Bootsflüchtlinge

Deutschland

- PRO ASYL fordert Aufnahmekonzept
- Innenministerinnen zu flüchtlingspolitischen Herausforderungen
- Bundesrat zum Asylbewerberleistungsgesetz
- Kritik an geplanter Umverteilung von Minderjährigen
- PRO ASYL zur Berliner Syrien-Konferenz
- „Ausländerbericht“ der Bundesregierung
- Neuerungen bei Residenzpflicht, Sachleistungsprinzip und Arbeitsmarktzugang

- Niedersachsens Innenminister will Regelung für „unsichere Herkunftsländer“
- Unterbringungssituation in Bayern
- Flüchtlingsrat Niedersachsen bilanziert rot-grüne Flüchtlingspolitik
- Berliner Flüchtlingsrat zum neuen Asylbewerberleistungsgesetz

Nordrhein-Westfalen

- Flüchtlingsgipfel in Essen
- Erstaufnahmestelle in Essen kommt 2015
- Duisburger Flüchtlingszelte werden abgebaut

Rechtsprechung und Erlasse

- SGB-II-Anspruch für im Ausland lebende Kinder
- Aktuelle Rechtsprechung zum Trennungsgebot
- Systemische Schwachstellen im ungarischen Asylsystem
- Soziale Versorgungslage von Flüchtlingen in Polen
- Schriftliches Verfahren nur bei unentschuldigtem Fernbleiben
- Verwaltungsgericht gestattet Wiedereinreise
- VG Minden zur Überstellung nach Bulgarien
- Weiterhin keine Abschiebungen nach Syrien
- MIK NRW zu Abschiebungskosten

Zahlen und Statistik

- 19.043 Asylanträge im September 2014

Materialien

- Fachtagung „Besondere Schutzbedürftigkeit“
- UNHCR-Bericht Ungarn
- Sicherheitslage in Irak und Afghanistan
- Domradio zur deutschen Flüchtlingspolitik

In eigener Sache

Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 17.01.2015

Datum: Samstag, 17. Januar 2015 von 11.00 bis 16.00 Uhr

Ort: Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates, Wittener Straße 201, 44803 Bochum

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Unterstützerinnen, wir möchten Sie/ Euch hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten! Die Beteiligung an der Diskussion und Arbeit ist erwünscht.

Die Tagesordnung mit den Programmpunkten finden Sie in Kürze auf unserer Website.

Mit herzlichen Grüßen

Heinz Drucks, Kirsten Eichler, Ali Ismailovski, Ingo Pickel, Frank Thomas Wortmann (Vorstand des Flüchtlingsrats NRW)

Syrienkonferenz in Bochum

Großer Andrang herrschte am 01.11.2014 im Bochumer Kulturzentrum Bahnhof Langendreer, wo der Flüchtlingsrat NRW gemeinsam mit der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen Initiativen eine „Syrienkonferenz für den Frieden“ veranstaltete. Rund 130 Gäste waren gekommen, um die Vorträge und Diskussionen über die aktuellen Entwicklungen in dem Bürgerkriegsland, den Stand der Flüchtlingsaufnahme und die Perspektiven für eine Beilegung des Konflikts zu hören. Im Anschluss an die Konferenz forderte der Flüchtlingsrat NRW in einer Pressemitteilung, dass die Aufnahme von Menschen aus der Kriegsregion ausgeweitet und erleichtert werden müsse.

Flüchtlingsrat NRW: „Syrienkonferenz für den Frieden“ tagt in Bochum (01.11.2014)

Asylpolitisches Forum 2014

Das Asylpolitische Forum, das vom 05. bis zum 07.12.2014 in der Evangelischen Akademie in Schwerte-Villigst stattfinden wird, steht in diesem Jahr unter dem Motto „Rassismus – Eine Gefahr für den Flüchtlingsschutz!“. „Ein geringer Teil der weltweit Schutzsuchenden gelangt – in der Regel auf

lebensgefährlichen Wegen über die Außengrenzen der EU – nach Deutschland, das mit seinem Asylsystem nur unzureichend auf den Anstieg der Asylbewerberzahlenvorbereitet ist“ heißt es in der Einladung zur Tagung. „Bund, Länder und Kommunen haben verspätet auf die Entwicklung reagiert, mit der Folge, dass Flüchtlinge unter unwürdigen Bedingungen in Provisorien oder überfüllten Aufnahmeeinrichtungen aufgenommen werden. Zugleich verstärkt sich ausländerfeindlicher, rassistischer Protest aus der Mitte der Gesellschaft, Nachbarn wehren sich gegen die Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte. Politisch Verantwortliche steuern nicht dagegen, sondern proklamieren das ‚Ende der Belastbarkeit‘ und streben die Verschärfung der ohnehin auf Flüchtlingsabwehr ausgelegten Asylgesetzgebung an“.

Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Situation diskutieren Referentinnen und Teilnehmerinnen über Themen wie Kulturrassismus und Populismus, den Umgang mit Roma in NRW und die Perspektiven antirassistischen Engagements. Weitere Vortragsthemen sind die Flüchtlingspolitik der Großen Koalition, der europäische und internationale Flüchtlingsschutz und die Dublin-Verordnung.

Als Mitveranstalter des Asylpolitischen Forums lädt der Flüchtlingsrat NRW alle Interessierten herzlich zur Teilnahme ein.

Evangelische Akademie Villigst: Rassismus - eine Gefahr für den Flüchtlingsschutz! Asylpolitisches Forum 2014

Seminarreihe zur flüchtlingspolitischen Arbeit

Unter dem Titel „Herausforderungen der flüchtlingspolitischen Arbeit erfolgreich bewältigen“ bietet der Flüchtlingsrat NRW ab Ende November eine dreiteilige Workshopreihe an, in deren Rahmen Probleme aus der alltäglichen Flüchtlingsarbeit diskutiert und Lösungsansätze aufgezeigt werden sollen. Die erste Veranstaltung findet am 29.11.2014 in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW statt und widmet sich dem Thema „Fundraising für Flüchtlingsorganisationen“. Die Teilnahme ist kostenlos, die Teilnehmerinnenzahl jedoch begrenzt. Wir bitten daher um eine verbindliche Anmeldung bis zum 21.11.2014 per E-Mail unter [aktionen\(at\)frnrw.de](mailto:aktionen(at)frnrw.de). Die Termine und Einladungen zu den geplanten Tagesseminaren „Netzwerkarbeit erfolgreich gestalten“ und „Alle im Boot?! Schwer erreichbare Zielgruppen in Beteiligungsprozesse einbeziehen“ folgen in Kürze.

Stellungnahme zum neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz

Im Zuge einer Anhörung des Innenausschusses, die am 23.10.2014 im nordrhein-westfälischen Landtag stattfand, hat der Flüchtlingsrat NRW zur Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes Stellung bezogen. Geschäftsführerin Birgit Naujoks forderte, endlich konkrete Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen festzulegen. Zudem müsse der Fokus stärker auf eine dezentrale Unterbringung in regulären Wohnungen gelegt werden.

Landtag NRW: Kommunen von Kosten entlasten (23.10.2014)

Stellungnahmen zur Anhörung

Treffen der AG UMF

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe unbegleitete minderjährige Flüchtlinge findet am 10.01.2014 ab 11.00 Uhr in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW (Wittener Straße 201, Bochum) statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Aus aktuellem Anlass

Wanderausstellung von „Jugendliche ohne Grenzen“

Die Flüchtlingsinitiative „Jugendliche ohne Grenzen“ (JoG) hat eine Wanderausstellung zum Leben von Flüchtlingen in Deutschland erarbeitet. Die Ausstellung wurde von Asylsuchenden selbst konzipiert und soll ihnen die Möglichkeit geben, einer breiten Öffentlichkeit anhand von Bildern und selbst verfassten Texten ihre Geschichte zu präsentieren. Vereine, Institutionen oder Initiativen, die die Wanderausstellung zeigen möchten, können sich unter der E-Mail-Adresse [masterpi92\(at\)hotmail.fr](mailto:masterpi92(at)hotmail.fr) (Nelli Fomba) oder [hendrik.osthues\(at\)web.de](mailto:hendrik.osthues(at)web.de) bei den Initiatoren des Projekts melden.

„Karawane“ ruft zu Aktionswoche auf

Anlässlich der jüngsten Vorstöße aus der Politik zur Ausweitung der Abschiebungshaft, zur Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes und zur Einschränkung der EU-Freizügigkeitsregeln ruft die Flüchtlingsinitiative „Karawane“ Anfang Dezember zu einer bundesweiten Aktionswoche auf. Es drohen „die gravierendsten Verschlechterungen der Rechte und der Lebensbedingungen für Asylsuchende und MigrantInnen in Deutschland seit 1993“. Deshalb ruft die Organisation dazu auf, in der ersten Dezemberwoche eine Kampagne gegen die Gesetzesvorhaben der Regierung und für eine menschenwürdigere Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland zu starten. Wer sich an diesem Vorhaben beteiligen möch-

te, kann sich unter [kontakt\(at\)karawane-muenchen.org](mailto:kontakt(at)karawane-muenchen.org) bei den Initiatorinnen melden.

Karawane München: Die Verlierer der Großen Koalition sind immer die Flüchtlinge und Migrant_innen!

Petition für Afghanische Flüchtlinge

Der Bayerische Flüchtlingsrat hat eine Online-Petition initiiert, in der er ein Bleiberecht für afghanische Flüchtlinge fordert. Abschiebungen nach Afghanistan seien angesichts der verheerenden Situation dort humanitär und politisch nicht vertretbar.

Eine Verbesserung der Situation sei nicht abzusehen. Trotzdem seien 4.160 Afghaninnen in Deutschland ausreisepflichtig und lebten in Unsicherheit und Angst vor Abschiebung. Die meisten von ihnen würden schon jahrelang durch Kettenduldung an der Integration in die Gesellschaft und am Aufbau ihrer Zukunft gehindert. Afghanische Flüchtlinge bräuchten ein Bleiberecht, damit sie ohne Angst leben und sich eine Zukunft in Deutschland aufbauen könnten.

OpenPetition: Bleiberecht für Flüchtlinge aus Afghanistan!

Aus den Initiativen

Abschiebungshaft-Initiative kritisiert Innenministerium

Bei der Diskussion über die künftige Ausgestaltung der Abschiebungshaft verschließt sich die Landesregierung dem Dialog mit Nichtregierungsorganisationen und Flüchtlingsinitiativen. Das kritisiert der Bürener Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaf“, der seit mehr als 20 Jahren Häftlinge in der JVA Büren berät und betreut hat. „Gerade jetzt wäre ein Dialog wichtig“, so Frank Gockel, Sprecher der Initiative in einer Pressemitteilung vom 02.10.2014. „Wenn es nur noch um Randthemen, wie die Ausgestaltung der Hafträume geht, ist es zu spät. Die grundsätzliche Frage, ob und wie Abschiebehaf durchgeführt wird, müsste die Gesprächsbasis sein.“

Hilfe für Menschen in Abschiebehaf Büren e.V.: Dialog zur Abschiebehaf

Karawane berichtet über Unterkunft in Heiligenhaus

Die Flüchtlingsinitiative „Karawane“ hat am 16.10.2014 die Flüchtlingsunterkunft Ludgerusstraße in Heiligenhaus besucht und einen Bericht über die dortige Unterbringungssituation im Internet veröffentlicht. Demnach stehen den in dem ehemaligen Schulgebäude untergebrachten Flüchtlingen zum Teil gerade einmal drei Quadratmeter pro Person zur Verfügung. Auch die sanitäre Ausstattung der Unterkunft sei ungenügend.

Karawane Wuppertal: Wie sieht's aus in Heiligenhaus? (16.10.2014)

Europa

PRO ASYL zum Innenministertreffen

Anlässlich der Zusammenkunft der europäischen Innenministerinnen in Luxemburg hat PRO ASYL in einer Pressemitteilung vom 09.10.2014 seine Kritik an der Seenotrettung der europäischen Staaten erneuert. Trotz der italienischen Marineoperation „Mare Nostrum“, die mehr als 100.000 Bootsflüchtlinge gerettet habe, seien in diesem Jahr bereits mehr als 3.000 Menschen auf dem Weg nach Europa gestorben. Nun drohe „Mare Nostrum“ zu einer „light Version“ zu verkommen und durch eine euro-

päische Frontex-Operation ersetzt zu werden. PRO ASYL forderte daher, dass die Seenotrettung sofort ausgeweitet, gesamteuropäisch finanziert und organisiert werden müsse. In ihrer Erklärung stellte sich die Flüchtlingsorganisation auch gegen Vorstöße aus der Bundesregierung, die ein europaweites Quotensystem für die Aufnahme von Schutzsuchenden fordert. Stattdessen sprach sich PRO ASYL für ein europäisches System der Verantwortungsteilung aus, in dem die Schutzinteressen der Asylsuchenden im Zentrum stehen müssten.

PRO ASYL: EU- Innenministertreffen in Luxemburg (09.10.2014)

Notruftelefon für Bootsflüchtlinge

Das Transnationale Netzwerk „Watch the Med“ hat ein Notruftelefon eingerichtet, bei dem sich Flüchtlinge und Migrantinnen melden können, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind. Das gaben die Initiatorinnen in einer Presseerklärung vom 08.10.2014 bekannt. Das Projekt kann keine eigenen

Rettungsaktionen ausführen, wird aber Alarm schlagen, wenn solche Operationen verzögert oder gar verweigert werden. „Wir verstehen uns als Pilotprojekt, und nach einer Anfangsphase werden wir unsere Erfahrungen auswerten und entscheiden, was wir verbessern können, um gegen Menschenrechtsverletzungen auf See einzuschreiten“, so eine der beteiligten Flüchtlingsaktivistinnen.

Watch The Med: Notruftelefon gegen das Sterben-Lassen auf See (08.10.2014)

Deutschland

PRO ASYL fordert Aufnahmekonzept

Im Vorfeld eines flüchtlingspolitischen Beratungstreffens von Bund und Ländern, das am 23.10.2014 in Berlin stattfand, hat PRO ASYL in einer Pressemitteilung ein Konzept für die Aufnahme von Flüchtlingen gefordert. Ziel eines solchen Konzeptes müsse es sein, Asylsuchenden so früh wie möglich den Zugang zu Sprachkursen zu ermöglichen, ihre beruflichen Qualifikationen zu erhalten und die Chancen der Arbeitsmarktintegration zu verbessern. Zudem solle die Unterbringung in regulären Wohnungen gefördert werden. Diskriminierende Regelungen wie das Asylbewerberleistungsgesetz sollten nach Auffassung von PRO ASYL abgeschafft werden.

PRO ASYL: Mini-Flüchtlingsgipfel des Kanzleramts am Donnerstag (22.10.2014)

Innenministerinnen zu flüchtlingspolitischen Herausforderungen

In einer gemeinsamen Erklärung haben die Innenministerinnen von Bund und Ländern am 17.10.2014 zu aktuellen Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik Stellung bezogen. Sie forderten „eine zügige Bearbeitung von Asylanträgen von Flüchtlingen aus den extrem unsicheren Herkunftsländern“. Diese sollten grundsätzlich und möglichst schnell ihre Anerkennung erhalten. Gleichzeitig bekannten sich die Ministerinnen noch einmal zum Konzept der sicheren Herkunftsländer. Zudem kündigten sie an, die Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge im Bundesgebiet neu zu regeln, mehr Personal für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereitzus-

tellen und „bestehende Ausreisepflichten konsequent durchzusetzen“.

Gemeinsame Erklärung der Innenminister und - Senatoren des Bundes und der Länder zur Sicherheitslage im Zusammenhang mit Reisebewegungen in Krisenregionen und den Herausforderungen der Flüchtlingspolitik (17.10.2014)

Bundesrat zum Asylbewerberleistungsgesetz

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 10.10.2014 den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes kritisiert. Er bemängelte, dass die Bundesregierung bei der Berechnung der Leistungen Differenzierungen zwischen verschiedenen Personengruppen vornehme, die nicht nachvollziehbar seien. Der Bundesrat fordert, die Differenzierungen so zu verändern, dass sie den verfassungskonformen Rahmen einhalten.

Bundesrat: Bundesrat fordert Verbesserungen am Asylbewerberleistungsgesetz (10.10.2014)

Kritik an geplanter Umverteilung von Minderjährigen

Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF) hat in einer Stellungnahme vom 09.10.2014 die Pläne der Bayerischen Landesregierung kritisiert, eine bundesweite Umverteilung von unbegleiteten Minderjährigen nach dem Königsteiner Schlüssel zu ermöglichen. Der Verband äußerte

die Befürchtung, dass dabei ordnungs- und fiskalpolitischen Erwägungen Vorrang gegenüber dem Kindeswohl eingeräumt werden könnten.

B-UMF: Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur bundesweiten Umverteilung von UMF (09.10.2014, PDF, 0,3 MB)

PRO ASYL zur Berliner Syrien-Konferenz
In einer Pressemitteilung vom 27.10.2014 hat sich PRO ASYL dafür ausgesprochen, die Grenzen Europas für syrische Flüchtlinge zu öffnen. Die Nachbarländer Syriens seien mit der Flüchtlingsaufnahme überfordert. „Wer will, dass die Grenzen der Nachbarstaaten Syriens offen sind, muss seine eigenen Grenzen ebenfalls öffnen.“, forderte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Gegenwärtig würden unverändert Flüchtlinge an der griechisch-türkischen Grenze zurückgewiesen. Die geschlossenen Grenzen würden Flüchtlinge auf den gefährlichen Weg über das zentrale Mittelmeer zwingen.

PRO ASYL: Internationale Konferenz zur Situation syrischer Flüchtlinge in Berlin (27.10.2014)

„Ausländerbericht“ der Bundesregierung
Die Bundesregierung hat am 29.10.2014 den 10. „Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“ vorgelegt. Der rund 700 Seiten starke Bericht widmet sich auch der Situation von Flüchtlingen in Deutschland. Nach Auffassung der Verfasserrinnen besteht in der Gesellschaft eine große Bereitschaft, Flüchtlinge zu unterstützen. Eine der dringenden Aufgaben in diesem Bereich sei es, „in Europa in absehbarer Zeit ein solidarisches, leistungsfähiges und gerechtes europäisches Asylsystem“ aufzubauen.

Bundesregierung: Staatsministerin Özoğuz zum 10. „Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“ (29.10.2014)

Bundesregierung: 10. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (29.10.2014, PDF, 3,8 MB)

Neuerungen bei Residenzpflicht, Sachleistungsprinzip und Arbeitsmarktzugang

Praktisch als Gegenleistung für die Zustimmung der baden-württembergischen Landesregierung zur Ausweitung der „sicheren Herkunftsstaaten“ hatte die Bundesregierung Lockerungen in den Bereichen Residenzpflicht, Sachleistungsprinzip und Arbeitsmarktzugang zugesagt. Am 29.10.2014 verabschiedete das Bundeskabinett einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Lediglich bei Straftäterinnen und Personen, bei denen Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz bekannt geworden sind oder bei denen aufenthaltsbeendende Maßnahmen konkret bevorstehen, kann künftig eine Residenzpflicht noch angeordnet werden. Zudem solle Asylsuchenden und Geduldeten nach 15-monatigem Aufenthalt im Bundesgebiet ohne Vorrangprüfung eine Arbeitsaufnahme erlaubt werden. Darüber hinaus werde das Asylbewerberleistungsgesetz künftig Geldleistungen einen Vorrang vor Sachleistungen einräumen. Flüchtlingsinitiativen bezeichnen die geplanten Lockerungen als unzureichend. Insbesondere an der Residenzpflicht werde sich in der Praxis voraussichtlich nicht viel ändern.

Protokollerklärung der Bundesregierung (19.09.2014, PDF, 0,2 MB)

Bundesministerium des Innern: Rechtliche Verbesserungen für Asylbewerber (29.10.2014)

residenzpflicht.info: Geplante Lockerungen eine Mougelpackung (09.10.2014)

Niedersachsens Innenminister will Regelung für „unsichere Herkunftsländer“
In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung hat sich Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius am 04.10.2014 dafür ausgesprochen, eine gesetzliche Regelung für Flüchtlinge aus „unsicheren Herkunftsländern“ zu schaffen. Deren Asylanträge könnten dann in einem vereinfachten Verfahren als „offensichtlich begründet“ anerkannt werden. Dadurch könnten „Flüchtlinge aus extrem unsicheren Herkunftsländern grundsätzlich und ganz schnell Schutz und Hilfe erhalten“.

Flüchtlingsrat Niedersachsen: Flüchtlingsrat begrüßt Vorstoß von Pistorius (07.10.2014)

Unterbringungssituation in Bayern

In Bayern ist die Unterbringungssituation für Flüchtlinge seit Wochen äußerst angespannt. Die Aufnahmeeinrichtungen des Freistaats sind völlig überfüllt, neu ankommende Flüchtlinge werden in Zeltlagern untergebracht. In einer Pressemitteilung vom 21.10.2014 konstatiert der Bayerische Flüchtlingsrat, die Unterbringungspolitik des Landes sei „komplett gescheitert“. Um den Unterbringungsnotstand zu beenden, sei es erforderlich, dass die Lagerpflicht aufgehoben und es den Flüchtlingen ermöglicht werde, Privatwohnungen zu beziehen.

Bayerischer Flüchtlingsrat: Forderungskatalog an die bayerische Staatsregierung (21.10.2014)

Flüchtlingsrat Niedersachsen bilanziert rot-grüne Flüchtlingspolitik

In der aktuellen Ausgabe seiner Zeitschrift zieht der Flüchtlingsrat Niedersachsen eine Zwischenbilanz der ersten anderthalb Jahre rot-grüner Flüchtlingspolitik. Seit der Landtagswahl im Januar 2013 sei ein Paradigmenwechsel in der niedersächsischen Flüchtlingspolitik eingeleitet worden. Wesentliche der im Koalitionsvertrag enthaltenen Versprechen auf einen

Politikwechsel warteten jedoch noch auf Verwirklichung.

Flüchtlingsrat Niedersachsen: Partizipation und Teilhabe für Flüchtlinge? (19.09.2014)

Berliner Flüchtlingsrat zum neuen Asylbewerberleistungsgesetz

Im Vorfeld der Expertinnenanhörung zu der geplanten Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes, die am 03.11.2014 in Berlin stattfinden soll, hat der Flüchtlingsrat Berlin eine ausführliche Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung veröffentlicht. Nach Auffassung des Flüchtlingsrats Berlin hält der Entwurf an unzulässigen Eingriffen in das Existenzminimum fest. Problematisch sei unter anderem, dass auch weiterhin migrationspolitische Sanktionen und Leistungskürzungen vorgesehen sind. Die Verfasserinnen fordern daher, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und alle Leistungsberechtigten in den Regelungsbereich des SGB II und SGB XII einzubeziehen.

Flüchtlingsrat Berlin: Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes“ - BT-Drs. 18/2592 vom 22.09.2014 (17.10.2014, PDF, 0,8 MB)

Nordrhein-Westfalen

Flüchtlingsgipfel in Essen

Als Konsequenz aus dem Bekanntwerden mehrerer Misshandlungsfälle in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften hatte NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft für den 20.10.2014 zu einem Flüchtlingsgipfel nach Essen geladen. Neben Politikerinnen der im Landtag vertretenen Parteien nahmen auch Vertreterinnen von Kirchen, kommunalen Verbänden und Wohlfahrtsorganisationen an den Beratungen teil. Die Landesregierung sagte in diesem Rahmen zu, den Kommunen deutlich mehr Geld für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Zudem solle eine Beschwerdestelle für Flüchtlinge eingerichtet werden, um Missstände künftig früher

zu erkennen. Konkrete Mindeststandards für die Unterbringung wird es in NRW aber auch in Zukunft nicht geben.

Spiegel Online: NRW stockt Flüchtlingshilfe für Kommunen auf (21.10.2014)

Landesregierung NRW: Ergebnisse des NRW-Flüchtlingsgipfels vom 20. Oktober 2014 in Essen (PDF, 0,1 MB)

Erstaufnahmestelle in Essen kommt 2015

Die Stadt Essen und das Land NRW haben sich auf die Bedingungen für eine neue Erstaufnahmeeinrich-

tung im Essener Süden geeinigt. Am 28.10.2014 stimmte auch der Stadtrat den Plänen zu, sodass schon in Kürze mit den Bauarbeiten auf dem Gelände der ehemaligen Großmolkerei Kutel begonnen werden kann. Ab November 2015 sollen auf dem 40.000 Quadratmeter großen Areal bis zu 800 Flüchtlinge untergebracht werden, die von dort aus auf die Kommunen verteilt werden.

Der Westen: Groß-Asyl am „Kutel“ ist beschlossene Sache (29.10.2014)

Duisburger Flüchtlingszelte werden abgebaut

Die Pläne der Stadt Duisburg, neu ankommende Flüchtlinge in Großzelten auf einem Sportplatz unterzubringen, hatten nicht nur bei Anwohnerinnen für Empörung gesorgt. Auch Flüchtlingsinitiativen kritisierten das Vorhaben als diskriminierend und menschenunwürdig. Genutzt wurden die Zelte letztlich nicht, die Stadtverwaltung hatte kurzfristig andere Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen. Ende Oktober wurde nun mit dem Abbau der Zelte begonnen.

Der Westen: Abbau der Flüchtlings-Zeltstadt in Duisburg hat begonnen (29.10.2014)

Rechtsprechung und Erlasse

SGB-II-Anspruch für im Ausland lebende Kinder

Die im Ausland lebenden Kinder von Personen, die in Deutschland Leistungen nach dem SGB II erhalten, können in Deutschland Sozialleistungen beanspruchen, wenn sie hier ihre Eltern besuchen. Das hat nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung das Bundessozialgericht am 28.10.2014 entschieden. Für Kinder, die selbst noch nicht erwerbsfähig sind, sei der „gewöhnliche Aufenthalt“ in Deutschland keine Voraussetzung für einen Anspruch auf Sozialleistungen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Sozialgericht erweitert Anspruch auf Hartz IV (28.10.2014)

Aktuelle Rechtsprechung zum Trennungsgebot

Mit Beschluss vom 17.09.2014 (V ZB 29/14) hat der Bundesgerichtshof festgestellt, dass die Unterbringung eines Abschiebehäftlings in der JVA Büren im Herbst 2013 rechtswidrig war. Die Haftanordnung des zuständigen Amtsgerichts habe den Betroffenen bereits deshalb in seinen Rechten verletzt, weil abzusehen war, dass die Haft in der JVA Büren und damit unter Verletzung des in der europäischen Rückführungsrichtlinie festgeschriebenen Trennungsgebots vollzogen werden würde. Diese verbietet es, Abschiebehäftlinge gemeinsam mit Straffe-

fangenen in derselben Einrichtung unterzubringen, sofern in dem betreffenden Staat auch spezielle Abschiebungshaftanstalten existieren.

Entsprechende Beschlüsse, in denen die Unterbringung von Abschiebungshäftlingen in der JVA Büren für rechtswidrig befunden wurde, fällten auch die Landgerichte Bochum (I-7 T 255/14), Krefeld (7 T 98/14) und Köln (34 T 126/14).

Der Bürener Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehäft“ wies in einer Pressemitteilung vom 10.10.2014 darauf hin, dass seit dem 24.12.2010 über 5.000 Menschen unrechtmäßig in der JVA Büren inhaftiert waren. Diese könnten nun eine Entschädigung fordern.

BGH: V ZB 29/14 (17.09.2014, PDF, 0,1 MB)

LG Bochum: I-7 T 255/14 (22.09.2014, PDF, 3,1 MB)

LG Krefeld: 7 T 98/14 (29.09.2014, PDF, 1,7 MB)

Hilfe für Menschen in Abschiebehäft: Auch Altfälle in JVA Büren waren unrechtmäßig inhaftiert (10.10.2014)

Systemische Schwachstellen im ungarischen Asylsystem

Das Bayerische Verwaltungsgericht München hat mit Beschluss vom 23.09.2014 (M 24 K 13.31329) die

Rücküberstellung eines afghanischen Flüchtlings nach Ungarn im Rahmen des Dublin-Verfahrens untersagt. Zur Begründung verlautbart das Gericht, es sei davon auszugehen, „dass das ungarische Asylsystem systemische Schwachstellen aufweist“. Dublin-Rückkehrerinnen müssten nach ihrer Ankunft in Ungarn grundsätzlich damit rechnen, ohne eine Angabe von Gründen und ohne eine Prüfung ihrer individuellen Umstände inhaftiert zu werden. Mit der gleichen Begründung ordnete auch das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen am 02.10.2014 die aufschiebende Wirkung der Klage eines weiteren Flüchtlings an, der ebenfalls auf Grundlage der Dublin-III-Verordnung nach Ungarn überstellt werden sollte.

Bayerisches Verwaltungsgericht München: M 24 K 13.31329 (23.09.2014, PDF, 1,1 MB)

Verwaltungsgericht Gelsenkirchen: 10a L 1415/14.A (02.10.2014)

Soziale Versorgungslage von Flüchtlingen in Polen

Das Verwaltungsgericht Hamburg hat mit Beschluss vom 04.09.2014 die aufschiebende Wirkung einer Klage gegen eine Abschiebungsanordnung nach Polen angeordnet. Die Klägerin hatte angegeben, dass sie im Falle einer Anerkennung in Polen lediglich für eine begrenzte Zeit Wohnraumversorgung und soziale Unterstützung erhalten würde. Danach stelle der polnische Staat diese Hilfe ein. Von der Betroffenen werde dann erwartet, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreite. Hierzu sei sie als Mutter von sechs minderjährigen Kindern jedoch nicht in der Lage. Diese außergewöhnlichen humanitären Gründe müssten die Bundesrepublik veranlassen, den Gebrauch ihres Selbsteintrittsrechts in Erwägung zu ziehen.

VG Hamburg: 17 AE 1572/14 (04.09.2014, PDF, 0,1 MB)

Schriftliches Verfahren nur bei unentschuldigtem Fernbleiben

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat mit Beschluss vom 13.10.2014 (7 L 2147/14.A) die aufschiebende Wirkung einer Klage gegen eine Abschiebung nach Mazedonien angeordnet. Das Bundesamt für Migra-

tion und Flüchtlinge (BAMF) hatte den Asylantrag einer mazedonischen Staatsangehörigen abgelehnt, ohne dass zuvor eine Anhörung stattgefunden hätte. Voraussetzung für ein schriftliches Verfahren sei aber, dass die Antragstellerin einer Ladung zur Anhörung ohne genügende Entschuldigung nicht folgt. Im vorliegenden Fall hatte die Antragstellerin sich jedoch mehrfach durch Vorlage eines Attests entschuldigt.

VG Düsseldorf: 7 L 2147/14.A (13.10.2014, PDF, 1,4 MB)

Verwaltungsgericht gestattet Wiedereinreise

Das Verwaltungsgericht Würzburg hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit Beschluss vom 17.09.2014 dazu verpflichtet, einer georgischen Familie die sofortige Wiedereinreise nach Deutschland zu ermöglichen. Ein Teil der Familie war im Juni 2014 auf Grundlage der Dublin-II-Verordnung nach Polen überstellt worden. Der Familienvater hatte sich durch Untertauchen der Überstellung entzogen. Im August 2014 stellte das BAMF für den mittlerweile wieder auffindbaren Familienvater ein Übernahmeverfahren an Polen, das die polnischen Behörden jedoch ablehnten. Die übrigen Familienangehörigen stellten daraufhin den Antrag, wieder nach Deutschland einreisen zu dürfen. Dem hat das Verwaltungsgericht nun entsprochen. Der Familie drohe in Polen die Abschiebung nach Georgien, „so dass es zu einer Perpetuierung der Trennung der Familie, insbesondere der Kinder vom Vater, kommen kann“. Dieser rechtswidrige Zustand könne auch nicht durch eine freiwillige Familienzusammenführung in Polen beendet werden, da eine Einreise des Familienvaters derzeit gegen polnisches Recht verstoßen würde.

VG Würzburg: W 7 E 14.50110 (17.09.2014, PDF, 0,6 MB)

VG Minden zur Überstellung nach Bulgarien

Mit Beschluss vom 30.09.2014 hat das Verwaltungsgericht Minden die aufschiebende Wirkung einer Klage gegen eine Abschiebung nach Bulgarien angeordnet. Die Frage nach dem Vorliegen relevanter systemischer Mängel des Asylverfahrens und der Aufnahmebedingungen für Asylsuchende in Bulgarien seien derzeit als offen anzusehen, so dass weite-

re Ermittlungen des beschließenden Gerichts erforderlich seien.

VG Minden: 10 L 530/14.A (30.09.2014, PDF, 0,2 MB)

Weiterhin keine Abschiebungen nach Syrien
Mit Erlass vom 30.09.2014 (15-39.11.04-3-12-079(2604)) hat das nordrhein-westfälische Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) die Ausländerbehörden angewiesen, Abschiebungen nach Syrien aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen bis zum 30.09.2015 auszusetzen. Es bestehen keine Einschränkungen bezüglich des begünstigten Personenkreises.

MIK NRW: Rückführungen nach Syrien (30.09.2014)

MIK NRW zu Abschiebungskosten

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 08.05.2014 unterliegen Ansprüche auf Erstattung von Abschiebungskosten (§ 66, 67 AufenthG) nicht der allgemeinen Festsetzungsverjährung (§ 20 VwKostG), sondern lediglich der abschließend in § 70 Abs. 1 AufenthG geregelten sechsjährigen Fälligkeitsverjährung (s.a. InfAuslR 9 2014 S. 328 ff). Darauf weist das Ministerium für Inneres und Kommunales in einem Erlass vom 06.10.2014 hin, mit dem die die Verjährung von Ansprüchen betreffenden Runderlasse vom 04.11.2009 und 24.02.2014 aufgehoben werden.

Ministerium für Inneres und Kommunales: Beitreibung von Abschiebungskosten Verjährung von Ansprüchen (06.10.2014)

Zahlen und Statistik

19.043 Asylanträge im September 2014
Im September 2014 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 19.043 Asylanträge gestellt, 38,5 Prozent mehr als im Vorjahresmonat September 2013. Entschieden hat das Bundesamt im September 2014 über die Anträge von 8.615 Personen. 2.785 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention (32,3 Prozent aller Asylent-

scheidungen). Zudem erhielten 315 Personen (3,7 Prozent) europarechtlichen subsidiären Schutz. Bei 183 Personen (2,1 Prozent) wurden Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Bundesministerium des Innern: 19.043 Asylanträge im September 2014 (15.10.2014)

Materialien

Dokumentation zur Fachtagung „Besondere Schutzbedürftigkeit“
Gemeinsam mit dem Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes hat das Berliner „Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste“ im Februar 2014 eine Fachtagung zum Thema „Besondere Schutzbedürftigkeit von Asylsuchenden feststellen“ durchgeführt. Am 30.09.2014 haben die Veranstalterinnen nun eine Dokumentation der Beiträge und Präsentationen veröffentlicht.

Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste: Tagungsdokumentation „Besondere Schutzbedürft-

igkeit von Asylsuchenden feststellen“ (30.09.2014, PDF, 9,6 MB)

Sicherheitslage in Irak und Afghanistan

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe hat im Oktober zwei neue Berichte veröffentlicht, die sich mit der Sicherheitslage in Afghanistan und im Irak auseinandersetzen. Der Lagebericht Irak thematisiert unter anderem die humanitäre Situation und die allgemeine Sicherheitslage sowie die Auswirkungen des IS-Vormarschs. Der Lagebericht zur Situation in Afghanistan befasst sich mit der politischen Situation und

der Sicherheitslage, mit Verfassung und Justizsystem, mit der Menschenrechtslage, der sozioökonomischen und medizinischen Lage sowie mit der Situation von zurückgekehrten Flüchtlingen.

Schweizerische Flüchtlingshilfe: Herkunftsländer

Domradio zur deutschen Flüchtlingspolitik
Das Domradio, der Sender des Erzbistums Köln, hat am 29.10.2014 eine Diskussion über den Umgang

mit Flüchtlingen in Deutschland ausgestrahlt. An der Diskussion nahmen Vertreterinnen von Kirche, Wohlfahrtsorganisationen und Flüchtlingsberatungsstellen teil.

Domradio: Eine Frage der Humanität - Der beschämende Umgang mit Flüchtlingen und "Illegalen" in Deutschland (29.10.2014)

Termine

04.11.2014: Vortrag „Die Lage der Flüchtlinge in Italien“. 19.00 Uhr, Flüchtlingszentrum „FliehKraft“, Köln.
Weitere Informationen finden Sie unter www.koelner-fluechtlingsrat.de

10.11.2014: Kundgebung „Den Mantel teilen – Solidarität mit den Flüchtlingen in Köln!“. 17.00 Uhr, Roncalliplatz, Köln.
Weitere Informationen finden Sie unter www.koelner-fluechtlingsrat.de

05.11.2014: Ausstellungseröffnung „Bootsflüchtlinge“ mit Film und Vortrag. 19.00 Uhr, ESG-Saal der BRÜCKE, Universitätsstraße 19, Essen.
Weitere Informationen finden Sie unter www.amnesty-essen.de

05.-20.11.2014: Ausstellung „Bootsflüchtlinge“. ESG-Saal der BRÜCKE, Universitätsstraße 19, Essen.
Weitere Informationen finden Sie unter www.amnesty-essen.de

05.-07.12.2014: Asylpolitisches Forum 2014. Evangelische Akademie Villigst, Iserlohner Str. 25, Schwerte.
Weitere Informationen finden Sie unter www.evlka.de